

| | | |
|--|---------------------|--|
| | Antrags-Nr. | |
| | 0608-AT/2016 | |

Antrag

Herr

Klostermann, Michael
Fraktionsvorsitzender der
SPD-Stadtratsfraktion

| |
|--|
| Betreff |
| Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Gespräche mit Umlandgemeinden über freiwillige Eingemeindungen nach Eisenach |

| Beratungsfolge | Sitzung | Sitzungstermin | |
|-----------------------------|---------|----------------|--|
| Haupt- und Finanzausschuss | Ö | 27.09.2016 | |
| Stadtrat der Stadt Eisenach | Ö | 04.10.2016 | |

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, mit allen umliegenden Gemeinden im nördlichen Wartburgkreis über mögliche Eingemeindungen in die Stadt Eisenach Gespräche aufzunehmen und dem Stadtrat bis zum 31. März 2017 über die Ergebnisse Bericht zu erstatten.

II. Begründung

Mit der Verabschiedung des sogenannten Vorschaltgesetzes und dessen Inkrafttreten im Juli 2016 hat die Phase freiwilliger Zusammenschlüsse von Gemeinden im Freistaat begonnen. Die Freiwilligkeitsphase läuft im Oktober 2017 aus. Im Zuge freiwilliger Zusammenschlüsse werden Fördermittel in Höhe von insgesamt 100 Millionen Euro in den Jahren 2017 und 2018 in Form von allgemeinen, nicht zweckgebundenen Zuweisungen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleiches bereitgestellt. Das Vorschaltgesetz sieht darüber hinaus eine Stärkung der Mittelzentren und eine Aufwertung der Ortschaften, Ortschaftsbürgermeister und Ortschaftsräte vor.

Zahlreiche andere Mittelzentren haben bereits Gespräche mit Umlandgemeinden über mögliche Eingemeindungen geführt bzw. aufgenommen. Der Eisenacher Stadtrat hat sich mehrfach zum Ziel der Aufgabe der Kreisfreiheit bekannt. Eine alleinige Rückkreisung" der Stadt Eisenach in den Wartburgkreis wird die strukturellen Probleme in Bezug auf die angestrebte dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt ohne jährliche Bedarfszuweisungen des Landes nicht lösen. Hierfür sind auch Eingemeindungen von Umlandgemeinden in die Stadt Eisenach dringend erforderlich, um die Steuereinnahmekraft der Stadt zu erhöhen, Synergieeffekte zu nutzen und Verwaltungskosten pro Kopf zu senken. Daher sollte die Oberbürgermeisterin schnellstmöglich Gespräche mit den Verwaltungsspitzen der umliegenden Gemeinden im nördlichen Wartburgkreis über freiwillige Eingemeindungen in die Stadt Eisenach aufnehmen und die Voraussetzungen und Erwartungshaltungen der Umlandgemeinden eruieren. Über die Ergebnisse der Gespräche sollte die Oberbürgermeisterin spätestens im Frühjahr 2017 berichten.

Herr
Klostermann, Michael
Fraktionsvorsitzender der
SPD-Stadtratsfraktion